

Anlage A



**für die Vergabe über die Lieferung von Bussen
mit batterieelektrischem Antrieb,
Dieselbussen (optional) und Diesel-
Reisebussen (optional)**

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	3
2. Hinweise an die Bewerber	5
2.1 Ablauf des Vergabeverfahrens.....	5
2.2 Einzureichender Teilnahmeantrag	5
2.3 Fristen für den Teilnahmewettbewerb.....	5
2.4 Auswahl der Bewerber / Wertung der Teilnahmeanträge	6
2.5 Bewerbergemeinschaften	8
2.6 Nachunternehmer	9
3. Eignungsformular.....	10
Bewerbergemeinschaftserklärung (Anlage 4).....	27
Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (Anlage 5).....	30

1. Einführung

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH (RBM) ist ein kommunales Busunternehmen und als Mobilitätsdienstleister im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Mittelsachsen tätig. Der Unternehmenszweck erstreckt sich dabei auf alle Produkte des Linienverkehrs gemäß §§ 42 und 43 PBefG, sowie auf Leistungen, die vom PBefG freigestellt sind. Zu dieser Mobilitätsdienstleistung zählt der Regionalverkehr, der Stadtverkehr und der freigestellte Schülerverkehr. Darüber hinaus ist die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH im Gelegenheitsverkehr gemäß §§ 48 und 49 PBefG tätig u. a. mit Ausflugsfahrten, im Mietomnibusverkehr oder Schienenersatzverkehr.

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH beschäftigt 460 Mitarbeiter und bedient mit einem Fuhrpark von 237 Bussen 173 eigene Linien, davon 121 gemäß § 42 PBefG und 52 gemäß § 43 PBefG. Die Liniennetzlänge beträgt 4.119 km. Auf der Grundlage eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages werden jährlich ca. 10,0 Mio. Fahrgäste befördert und 12,1 Mio. Fahrplankilometer erbracht.

Im Hinblick auf die Zielsetzung, die Verkehrsleistungen klimafreundlicher zu erbringen, wird die RBM mit Unterstützung durch das Förderprogramm „Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr“ batterieelektrische Busse in Mittelsachsen einführen. Die Förderung ist für die Beschaffungsentscheidung der RBM elementar. Die frist- und vertragsgerechte Lieferung ist u.a. für die Inanspruchnahme von Fördermitteln maßgeblich.

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe über die Lieferung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb, Dieselbussen (optional) und Diesel-Reisebussen (optional).

Die Laufzeit des Vertrages beginnt am 01.01.2027 und endet am 31.12.2030. Die RBM kann den Vertrag zweimal um jeweils zwei Jahre verlängern. Damit endet der Vertrag spätestens zum 31.12.2032. Während der Laufzeit des Vertrages wird die RBM die optionalen Einzelaufträge (Dieselbusse und Diesel-Reisebusse) ggfs. beauftragen.

Die RBM vergibt mit diesem Vergabeverfahren einen Auftrag über die Lieferung von 36 Bussen mit batterieelektrischem Antrieb an den wirtschaftlichsten Bieter. Über die vorgenannten Busse hat die RBM Fördermittel beantragt und bewilligt bekommen. Die entsprechenden Fördermittelbescheide liegen der RBM bereits vor. Leistungsgegenstand

ist die Konstruktion, Herstellung, Fertigung und Lieferung (einschließlich Projektierung, Transport, Inbetriebsetzung, Schulung und Dokumentation) der 36 Busse mit batterieelektrischem Antrieb. Die Fahrzeuge unterliegen den Kriterien der Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Verkehr (BMV), Richtlinien zur Förderung der Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr vom 07. September 2021, novelliert am 18. Juni 2024. Einzelheiten zu den Anforderungen der Busse mit batterieelektrischem Antrieb sind dem Lastenheft (**Anlage 1**) und dem Leistungsverzeichnis (**Anlage 2**) zu entnehmen.

Die 36 Busse mit batterieelektrischem Antrieb sind spätestens bis zum 31.12.2028 an den Auftraggeber zu liefern.

Mit der hiesigen Vergabe werden die in den Vergabeunterlagen ausgewiesenen Dieselbusse sowie Diesel-Reisebusse nicht direkt beauftragt. Diese stellen vielmehr Optionen dar, die über die Vertragslaufzeit von der RBM beauftragt werden können.

Der Auftraggeber wird zudem Angebote zurückweisen, bei denen der Warenanteil zu mehr als 50 Prozent des Gesamtwertes aus Ländern stammt, die nicht Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind und mit denen auch keine sonstigen Vereinbarungen über gegenseitigen Marktzugang bestehen (§ 55 Abs. 1 SektVO). Er wird in der Angebotsphase daher Angaben zur Herkunft der angebotenen Fahrzeuge sowie zum vorgesehenen Fertigungsort verlangen. Keine Drittländer sind alle Staaten der Europäischen Union sowie Island, Lichtenstein und Norwegen (EWR-Staaten), die Schweiz (Abkommen vom 21.06.1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens), Israel, Japan, Kanada, Südkorea, Singapur, Taiwan sowie die USA (vgl. ABl. EG C 256 v. 3. 9. 1996 GPA, Beschaffungsübereinkommen).

Die Einzelheiten sind insbesondere dem Lastenheft (**Anlage 1**) sowie dem Leistungsverzeichnis (**Anlage 2**) zu entnehmen.

2. Hinweise an die Bewerber

2.1 Ablauf des Vergabeverfahrens

Die RBM führt ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem europaweitem Teilnahmewettbewerb nach § 13 Abs. 1, § 15 SektVO durch.

In der ersten Stufe des Verhandlungsverfahrens, diesem Teilnahmewettbewerb, wählt die RBM die Bewerber nach ihrer Eignung aus. Die RBM wird **3-5 Bewerber** zur Abgabe eines indikativen Erstangebotes auffordern.

Die Einzelheiten dazu sowie zum gesamten Ablauf des Vergabeverfahrens ergeben sich aus den abrufbaren Vergabeunterlagen.

2.2 Einzureichender Teilnahmeantrag

Die Bewerber müssen für ihren Teilnahmeantrag diese **Anlage A** ausfüllen sowie ggf. um weitere Unterlagen ergänzen und ihren gesamten Teilnahmeantrag über die elektronische Vergabeplattform bis zum **04.08.2026, 12:00 Uhr**, einreichen.

Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Teilnahmeanträge sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den der Vergabeplattform hinterlegten Nutzungsbedingungen.

Die Abgabe eines Teilnahmeantrages per Post, per E-Mail oder per Fax ist unzulässig.

2.3 Fristen für den Teilnahmewettbewerb

Die Teilnahmefrist endet am **04.08.2026, 12:00 Uhr**.

Bewerber müssen ihren Teilnahmeantrag innerhalb der Teilnahmefrist über die elektronische Vergabeplattform elektronisch einreichen.

Fragen zur EU-Bekanntmachung, den Vergabeunterlagen oder dieser **Anlage A** dürfen die Bewerber bis zum **27.07.2026** über die elektronische Vergabeplattform einreichen.

Die RBM wird ergänzende und berichtigende Angaben in einem Fragen- und Antwortenkatalog zusammenfassen und diesen auf der elektronische Vergabeplattform veröffentlichen.

Die letzte Aktualisierung des Fragen- und Antwortenkatalogs erfolgt im Teilnahmewettbewerb voraussichtlich bis zum **28.07.2026, 20:00 Uhr**. Die Bewerber sind verpflichtet, den Fragen- und Antwortenkatalog regelmäßig zu prüfen und die sich hieraus ergebenden Anforderungen zu berücksichtigen.

2.4 Auswahl der Bewerber / Wertung der Teilnahmeanträge

Nur die Bewerber, die ihre Eignung durch ihren Teilnahmeantrag belegen und die nach Auswertung aller Teilnahmeanträge die höchsten Punktzahlen erreichen, werden zur Abgabe eines indikativen Erstangebotes aufgefordert. Die RBM wird die 3-5 Unternehmen, die die höchste Punktzahl auf sich vereinen konnten, zur Abgabe eines Erstangebotes auffordern.

Die RBM wird die grundsätzliche Eignung der Bewerber anhand ihrer eingereichten Teilnahmeanträge prüfen. Bewerber, die mit ihrem Teilnahmeantrag nicht die erforderliche Eignung nachweisen, indem sie insbesondere gegen die nachfolgend benannten Ausschlusskriterien verstoßen, wird die RBM nicht weiter berücksichtigen.

Ausschlusskriterien sind folgende:

- Zuverlässigkeit (siehe Eigenerklärungen unter 3.A)
- Finanzielle Leistungsfähigkeit: Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung (siehe Eigenerklärungen unter 3.B)
- Technische Leistungsfähigkeit: Nachweis der Zertifizierung eines Umweltmanagementsystems gemäß DIN EN ISO 14001 oder gleichwertig (siehe Eigenerklärungen unter 3.B):

- Technische Leistungsfähigkeit: Nachweis der Zertifizierung eines Qualitätsmanagementsystem gemäß DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig (siehe Eigenerklärungen unter 3.B):
- Berufliche Leistungsfähigkeit: Mindestens 2 Referenzen über die Lieferung von jeweils mindestens 20 Bussen mit batterieelektrischem Antrieb (Niederflur 12m, 2-türig, Stadtausführung (Klasse I)) mit Lieferung / Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juli 2026 (siehe Eigenerklärungen unter 3.C im Eignungsformular)
- Berufliche Leistungsfähigkeit: Mindestens eine Referenz über die Lieferung von 15 Dieselnbussen (Variante Low-Entry 12m, 2-türig, Regionalausführung (Klasse II); Zulassung für 100 km/h) mit Lieferung / Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juli 2026 (siehe Eigenerklärungen unter 3.C im Eignungsformular)
- Berufliche Leistungsfähigkeit: Mindestens eine Referenz über die Lieferung von einem Diesel-Reisebus (Variante Eindecker mind. 48 Sitzplätze, 3-Achsen (Klasse III)) mit Lieferung / Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juli 2026 (siehe Eigenerklärungen unter 3.C im Eignungsformular)
- Berufliche Leistungsfähigkeit: Servicestandort / Vertragswerkstatt (siehe Eigenerklärungen unter 3.C): Vorhaltung eines dauerhaften Servicestandortes sowie eine Vertragswerkstatt mit einer maximalen Entfernung von 50 km von den Standorten des Auftraggebers.

Teilnahmeanträge, die die genannten Mindestanforderungen (insbesondere die Mindestreferenzen) nicht erfüllen, schließt die RBM aus.

Die verbliebenen Teilnahmeanträge wird die RBM nach den Bewertungskriterien aus der **Bewertungsmatrix zur Anlage A** werten. Dafür wertet die RBM die wertungsrelevanten Referenzen, die zusätzlich zu den beiden Mindestreferenzen einzureichen sind.

Die RBM geht für die Wertung der wertungsrelevanten Referenzen grundsätzlich von zwei wertungsrelevanten Referenzen (Referenz 5 und 6) aus. Daher sollten die Bewerber nicht mehr als die genannte Anzahl an Referenzen einreichen. Sollte ein Bewerber mehr als die genannte Anzahl der Referenzen für erforderlich halten, ist ihm dies jedoch freigestellt.

Die Bewerber dürfen Referenzen, die sie bereits als Mindestreferenz eingereicht haben, auch als wertungsrelevante Referenzen benennen.

Bei der Wertung wird die RBM alle eingereichten Referenzen anhand der in der Bewertungsmatrix genannten Kriterien bewerten und jeweils eine Punktzahl je Referenz ermitteln. Soweit ein Bewerber weniger als die geforderten drei Referenzen einreicht (also nur eine oder nur zwei Referenzen), erhält er für jede fehlende Referenz jeweils 0 Punkte und diese 0 Punkte werden in die Wertung der Referenzen einbezogen.

Soweit ein Bewerber mehr als die geforderten zwei Referenzen abgibt, gilt Folgendes: Die Summe der erreichten Punktzahlen aller bewerteten Referenzen wird durch die Zahl der eingereichten Referenzen dividiert und so eine durchschnittliche Punktzahl ermittelt. Die durchschnittliche Punktzahl wird mit dem Faktor zwei multipliziert (kaufmännische Rundung des jeweiligen Ergebnisses mit zwei Nachkommastellen). Die Bewerber sollten daher nur die Referenzen einreichen, die ihre Fachkunde besonders gut nachweisen und gemäß **Bewertungsmatrix zur Anlage A** hohe Punktzahlen erzielen.

Mit den Bewerbern, die mit ihrem Teilnahmeantrag die höchsten Gesamtpunktzahlen nach der **Bewertungsmatrix zur Anlage A** erhalten, wird die RBM das Verhandlungsverfahren fortsetzen. Die RBM wird 4 Bewerber zur Abgabe eines indikativen Erstangebotes auffordern. Sollten nach Auswertung gemäß der Wertungsmatrix mehrere Bewerber gleich geeignet sein (identische Gesamtpunktzahl), entscheidet das Los.

2.5 Bewerbergemeinschaften

Eine Bewerbergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird;
- in der alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt werden;
- in der ein von allen für die Durchführung des Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigter Vertreter benannt und erklärt wird, dass dieser Vertreter gegenüber dem Auftraggeber alle Mitglieder rechtsverbindlich vertreten wird.

Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haben die in diesem Dokument als **Anlage 3** (siehe unten) beigefügte Bewerbergemeinschaftserklärung vollständig auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Gibt eine Bewerbergemeinschaft einen Teilnahmeantrag ab, ist es erforderlich, dass jedes einzelne Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit und wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit abgibt. In Bezug auf die technische Leistungsfähigkeit ist die Eignung für den zu übernehmenden Leistungsteil nachzuweisen.

Alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften im Auftragsfall gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch für die Erfüllung sämtlicher vertraglicher Pflichten.

2.6 Nachunternehmer

Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit oder insbesondere seiner Fachkunde (technische Leistungsfähigkeit) der Fähigkeiten von Nachunternehmern (hierzu zählen auch Konzernunternehmen sowie sonstige Dritte) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen. Für diesen Fall ist eine vom Nachunternehmer unterzeichnete Verpflichtungserklärung (**Anlage 4** in diesem Dokument, siehe unten) sowie ein separates Eignungsformular mit den Erklärungen gemäß 3.A, 3.B und 3.C dem Teilnahmeantrag beizufügen.

3. Eignungsformular

Unternehmensangaben Bewerber	
Name	
Gesetzlicher Vertreter	
Anschrift (Str., Hausnr., PLZ, Ort)	
Rechtsform	
Eintragung Handels-/Berufsregister	Handelsregister: _____ Handelsregisternummer: _____ <i>alternativ</i> vergleichbare Angabe nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist: _____
Ggf. Präqualifikationsnummer und PQ-Stelle	_____
Ansprechpartner einschließlich Angabe der Position	

E-Mail-Adresse Ansprechpartner	
Telefonnr. Ansprechpartner	

Informationen Bewerbergemeinschaften	
Die Leistungen werden von einer Bewerbergemeinschaft erbracht:	<input type="checkbox"/> ja <i>Falls ja, ist für jedes Mitglied ein separates Eignungsformular mit den Erklärungen gemäß 3.A, 3.B und 3.C einzureichen.</i>
	<input type="checkbox"/> Nein

Informationen zur Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen	
Wir berufen uns <u>zur Erfüllung der Eignungskriterien</u> gemäß 3.B und / oder 3.C auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer):	<input type="checkbox"/> ja <i>Falls ja, reichen Sie bitte für jeden Nachunternehmer ein separates Eignungsformular mit den Erklärungen gemäß 3.A, 3.B und 3.C sowie die vom Nachunternehmer unterzeichnete Verpflichtungserklärung ein.</i>
	<input type="checkbox"/> nein

3.A Zuverlässigkeit

Wir erklären als Unternehmen,

- ☐ dass für uns kein zwingender Ausschlussgrund gemäß § 123 Abs. 1 GWB vorliegt.

§ 123 Abs. 1 bis 3 GWB lautet wie folgt:

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),

8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Eigenerklärung

**zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung
des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2024/1745 des Rates
vom 24. Juni 2024**

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Ich/Wir bestätige(n) und stelle(n) sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen

werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2024/1745 des Rates vom 24. Juni 2024 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und der Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Wir erklären ferner als Unternehmen,

- ☐ dass wir unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen sind,
- ☐ dass wir bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen keine geltenden umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtlichen Verpflichtungen verstoßen haben,
- ☐ dass wir nicht zahlungsunfähig sind, über unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist. Ferner erklären wir, dass sich unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- ☐ dass wir im Rahmen unserer beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen haben, durch die unsere Integrität infrage gestellt wird,
- ☐ dass wir keine Vereinbarungen mit einem anderen Unternehmen getroffen haben, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- ☐ dass die bei uns beschäftigten Mitarbeiter/-innen nicht unterhalb der Mindestentgeltregelungen des Mindestlohngesetzes entlohnt werden.
- ☐ dass kein rechtskräftig festgestellter Verstoß gem. § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße nach § 24 Abs. 2 LkSG belegt worden ist.

3.B Finanzielle Leistungsfähigkeit

Ausschlusskriterium:

- ☐ Unser Unternehmen verfügt über eine Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung und eine Umwelthaftpflichtversicherung mit mindestens den folgenden Deckungssummen:
- EUR 20,0 Mio. für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, zweifach maximiert
EUR 10,0 für Umweltschäden, einfach maximiert
- ☐ Unser Unternehmen verfügt über eine ausreichende Inbetriebnahme- und Montageversicherung (mindestens nach AMoB/GDV)
- ☐ Unser Unternehmen verfügt über eine ausreichende Feuerversicherung für das Feuerrisiko der Fahrzeuge bis zur Abnahme der geschuldeten Leistung (im Depot und auf der Strecke), sofern nicht Bestandteil der Montage- und Inbetriebnahmeversicherung

alternativ zu den vorstehenden Erklärungen

- ☐ Unser Unternehmen wird im Auftragsfall den bestehenden Versicherungsschutz gemäß den vorstehenden Vorgaben zu den Versicherungssummen aufstocken.

Nur informativ (kein Ausschlusskriterium):

Den Bruttogesamtumsatz sowie den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des zu vergebenden Auftrags unseres Unternehmens, bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre¹ (2022 – 2024 oder 2023 – 2025), beziffern wir wie folgt:

	2022	2023	2024	2025
Bruttogesamtumsatz Unternehmen in EUR				
Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des zu vergebenden Auftrags (Lieferung und Inbetriebnahme von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb)				

¹ Newcomer sind zugelassen, insoweit ist eine dreijährige Geschäftstätigkeit keine Mindestanforderung.

3.C Technische Leistungsfähigkeit / Fachkunde

Nur informativ (kein Ausschlusskriterium):

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/-innen unseres Unternehmens, bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre² (2022 – 2024 oder 2023 – 2025), beziffern wir wie folgt:

	2022	2023	2024	2025
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/-innen				

Nur informativ (kein Ausschlusskriterium):

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/-innen im Bereich „Herstellung und Lieferung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb“, bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre³ (2022 – 2024 oder 2023 – 2025), beziffern wir wie folgt:

	2022	2023	2024	2025
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/-innen im Bereich „Herstellung und Lieferung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb“				

Ausschlusskriterium:

- ☐ Unser Unternehmen verfügt über eine Zertifizierung eines Umweltmanagementsystems gemäß DIN EN ISO 14001 oder gleichwertig.
- ☐ Unser Unternehmen verfügt über eine Zertifizierung eines Qualitätsmanagementsystems gemäß DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig

² Newcomer sind zugelassen, insoweit ist eine dreijährige Geschäftstätigkeit keine Mindestanforderung.

³ Newcomer sind zugelassen, insoweit ist eine dreijährige Geschäftstätigkeit keine Mindestanforderung.

Auf besondere Anforderung durch die RBM werden wir kurzfristig entsprechende Nachweise für die obigen Zertifizierungen nachreichen. Soweit eine der obigen Zertifizierungen nicht vorliegt, muss das Unternehmen über eine jeweils gleichwertige Zertifizierung verfügen und entsprechende Nachweise vorlegen.

Ausschlusskriterien:

- ☐ Unser Unternehmen hält über die Vertragslaufzeit einen dauerhaften Servicestandort sowie eine Vertragswerkstatt mit einer maximalen Entfernung von 50 km von den Standorten des Auftraggebers vor.

Referenz 1 (Mindestanforderung) – Busse mit batterieelektrischem Antrieb Referenz über die Lieferung von jeweils mindestens 20 Bussen mit batterieelektrischem Antrieb (Niederflur 12m, 2-türig, Stadtausführung (Klasse I)) mit Lieferung / Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juli 2026	
Auftraggeber (Name einzutragen) <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Kontaktstelle beim Auftraggeber, soweit datenschutzrechtlich zulässig
Auftragsgegenstand (konkrete Beschreibung des gelieferten Fahrzeugtyps inkl. Antriebssystem)
Anzahl der gelieferten Busse mit batterieelektrischem Antrieb
Erbrachter Leistungsumfang

Auftragswert EUR (netto)
Umsetzungszeitraum (Zuschlag bis zur vertraglichen Abnahme des ersten gelieferten Fahrzeugs)	Zuschlag: _____ Abnahmedatum durch den Auftraggeber: _____

Referenz 2 (Mindestanforderung) – Busse mit batterieelektrischem Antrieb Referenz über die Lieferung von jeweils mindestens 20 Bussen mit batterieelektrischem Antrieb (Niederflur 12m, 2-türig, Stadtausführung (Klasse I)) mit Lieferung / Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juli 2026	
Auftraggeber (Name einzutragen) <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Kontaktstelle beim Auftraggeber, soweit datenschutzrechtlich zulässig	_____ _____ _____
Auftragsgegenstand (konkrete Beschreibung des gelieferten Fahrzeugtyps inkl. Antriebssystem)

	<p>.....</p> <p>.....</p>
Anzahl der gelieferten Busse mit batterieelektrischem Antrieb	_____
Erbrachter Leistungsumfang	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>
Auftragswert EUR (netto)
Umsetzungszeitraum (Zuschlag bis zur vertraglichen Abnahme des ersten gelieferten Fahrzeugs)	Zuschlag: _____ Abnahmedatum durch den Auftraggeber: _____

Referenz 3 (Mindestanforderung) - Dieselbus Referenz über die Lieferung von 15 Dieselnissen (Variante Low-Entry 12m, 2-türig, Regionalausführung (Klasse II); Zulassung für 100 km/h) mit Lieferung / Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juli 2026	
Auftraggeber (Name einzutragen)	<p>.....</p> <p><input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber</p> <p><input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber</p>

Kontaktstelle beim Auftraggeber, soweit datenschutzrechtlich zulässig	<hr/> <hr/> <hr/>
Auftragsgegenstand (konkrete Beschreibung des gelieferten Fahrzeugtyps inkl. Antriebssystem)	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>
Anzahl der gelieferten Busse	<hr/>
Erbrachter Leistungsumfang	<hr/> <hr/> <hr/>
Auftragswert EUR (netto)
Umsetzungszeitraum (Zuschlag bis zur vertraglichen Abnahme des ersten gelieferten Fahrzeugs)	Zuschlag: Abnahmedatum durch den Auftraggeber:

Referenz 4 (Mindestanforderung) – Diesel-Reisebus Referenz über die Lieferung von einem Diesel-Reisebus (Variante Eindecker mind. 48 Sitzplätze, 3-Achsen (Klasse III)) mit Lieferung / Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juli 2026	
Auftraggeber (Name einzutragen) <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Kontaktstelle beim Auftraggeber, soweit datenschutzrechtlich zulässig
Auftragsgegenstand (konkrete Beschreibung des gelieferten Fahrzeugtyps inkl. Antriebssystem)
Anzahl der gelieferten Busse
Erbrachter Leistungsumfang

Auftragswert EUR (netto)
Umsetzungszeitraum (Zuschlag bis zur vertraglichen Abnahme des ersten gelieferten Fahrzeugs)	Zuschlag: _____ Abnahmedatum durch den Auftraggeber: _____

Referenz 5 (wertungsrelevante Referenz)	
<u>Mindestanforderung: Referenz über die Lieferung von Bussen mit batterieelektrischen Bussen</u>	
Auftraggeber	<hr/> <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Auftragsgegenstand (konkrete Angaben zum Bauprojekt und den erbrachten Leistungen)	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>
Anzahl an gelieferten Bussen mit batterieelektrischem Antrieb	<input type="checkbox"/> ≥ 35 <input type="checkbox"/> $\geq 20 < 35$ <input type="checkbox"/> $\geq 10 \text{ und } < 20$ <input type="checkbox"/> < 10

Lieferzeit nach Zuschlagserteilung in Monaten	<input type="checkbox"/> ≥ 24 <input type="checkbox"/> $\geq 15 < 24$ <input type="checkbox"/> ≥ 9 und < 15 <input type="checkbox"/> < 9
Jahr der Lieferung	<input type="checkbox"/> 2024/2025/2026 <input type="checkbox"/> 2022 oder 2023 <input type="checkbox"/> 2020 oder 2021

Referenz 6 (wertungsrelevante Referenz) <u>Mindestanforderung: Referenz über die Lieferung von Bussen mit batterieelektrischen Bussen</u>	
Auftraggeber	<hr/> <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Auftragsgegenstand (konkrete Angaben zum Bauprojekt und den erbrachten Leistungen)	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>
Anzahl an gelieferten Bussen mit batterieelektrischem Antrieb	<input type="checkbox"/> ≥ 35 <input type="checkbox"/> $\geq 20 < 35$ <input type="checkbox"/> ≥ 10 und < 20 <input type="checkbox"/> < 10

Lieferzeit nach Zuschlagserteilung in Monaten	<input type="checkbox"/> ≥ 24 <input type="checkbox"/> $\geq 15 < 24$ <input type="checkbox"/> ≥ 9 und < 15 <input type="checkbox"/> < 9
Jahr der Lieferung	<input type="checkbox"/> 2024/2025/2026 <input type="checkbox"/> 2022 oder 2023 <input type="checkbox"/> 2020 oder 2021

Bewerbergemeinschaftserklärung (Anlage 4)

Name der Bewerbergemeinschaft:

Namen/Anschriften der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft unter Bezugnahme auf ihre Vertretungsverhältnisse:

1.
.....
.....
.....
.....
.....

2.
.....
.....
.....
.....
.....

3.
.....
.....
.....
.....
.....

Erklärung der Bewerbergemeinschaft

1. Wir benennen die im Folgenden genannte Person als bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft für das vorliegende Vergabeverfahren.

Wir erklären, dass diese Person im vorliegenden Vergabeverfahren alleinvertretungsberechtigt ist. Sie ist insbesondere befugt, rechtsgeschäftliche und / oder gesetzliche Erklärungen entgegenzunehmen und abzugeben sowie Verhandlungen mit dem Auftraggeber zu führen und Vereinbarungen zu der Leistung zu treffen. Wir bestätigen, dass diese Person die Bewerbergemeinschaft insoweit gegenüber dem Auftraggeber rechtverbindlich vertritt.

Bevollmächtigter Vertreter:

Name:

Unternehmen:

Unternehmensadresse:

E-Mail:

Telefon:

Telefax:

Wir verpflichten uns, jede Änderung in der Person des bevollmächtigten Vertreters schriftlich, rechtzeitig und unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen. Wir erkennen an, dass Änderungen in der Person eines bevollmächtigten Vertreters erst nach Zugang einer schriftlichen Erklärung der Bewerbergemeinschaft wirksam werden. Wir verpflichten uns, schriftlich, rechtzeitig und unverzüglich dem Auftraggeber einen neuen bevollmächtigten Vertreter zu benennen und dessen Vertretungsmacht nachzuweisen, soweit in dieser Anlage nur ein bevollmächtigter Vertreter benannt wurde und Änderungen in dieser Person des bevollmächtigten Vertreters eintreten.

2. Wir erklären, dass wir im Auftragsfalle eine Rechtsform bilden werden, die eine gesamtschuldnerische Haftung beinhaltet.
3. Wir erklären, dass die einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft folgende Leistungen erbringen:

Mitglied 1:

Mitglied 2:

Mitglied 3:

(Hinweis: Bei Bewerbergemeinschaften ist die Unterzeichnung durch jeweils eine vertretungsberechtigte Person des jeweiligen Mitglieds der Bewerbergemeinschaft erforderlich.)

.....
 Ort, Datum

.....
 Firmenstempel und Unterschrift
 1. Mitglied der Bewerbergemeinschaft

.....
 Ort, Datum

.....
 Firmenstempel und Unterschrift
 2. Mitglied der Bewerbergemeinschaft

.....
Ort, Datum

.....
Firmenstempel und Unterschrift
3. Mitglied der Bewerbergemeinschaft

.....
Ort, Datum

.....
Firmenstempel und Unterschrift
4. Mitglied der Bewerbergemeinschaft

(für weitere Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bitte ergänzende Blätter verwenden,
Nummerierung fortführen)

Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (Anlage 5)

Das Unternehmen [Name des Bewerbers zu ergänzen] beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrags

**EU-Vergabe über
die Vergabe über die Lieferung von Bussen mit batterieelektrischem Antrieb,
Dieselbussen (optional) und Diesel-Reisebussen (optional)**

der Fähigkeiten unseres Unternehmens

Name:

Unternehmen:

Unternehmensadresse:

.....

hinsichtlich folgender Leistungen

.....
.....
.....
.....
.....
.....

zu bedienen.

Hiermit verpflichten wir uns, im Falle einer Auftragserteilung auf das Angebot des oben genannten Hauptauftragnehmers die zur Auftragserfüllung erforderlichen Leistungen zu erbringen.

.....
Ort, Datum

.....
Firmenstempel und Unterschrift des
Nachunternehmers